

Mittwoch, 26. August 2020

## **Besondere Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen in Zeiten von Corona**

Ab dem 15. März 2020 war alles anders. Insbesondere für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige war nichts mehr so wie es war. Ende Juni gab es eine kurze Verschnaufpause, leider immer noch nicht für Menschen die Immungeschwächt, schwerstmehrfachbehindert oder Angehörige von zu Pflegenden sind.

Zuerst tauchten Menschen mit Behinderungen gar nicht in der Berichterstattung auf, dann wurden Sie in einem Halbsatz mit alten Menschen und Menschen in Alten- und Pflegeheimen benannt und erst nach vielen Signalen durch die Landesbehindertenbeauftragten und Betroffenengruppen ging es dann, zumindest um einige der großen Gruppe von Menschen mit Behinderungen.

In den Augen von Menschen mit Behinderungen hat gerade das Land Niedersachsen in vielen Bereichen eine Exklusion hingelegt. In Schulen werden die Schüler mit besonderen Bedarfen seperiert, abgeschnitten von Freunden und jeglichen Kontakten. weil die Lehrer nicht die "normalen" Kinder mit den behinderten Kindern zusammen beschulen wollen. Sie werden in extra Räumlichkeiten über Video aus dem benachbarten Klassenzimmer(-raum beschult. Kein Kontakt zu Klassenkameraden, soz. Kontakte brechen weg.

Für psychisch erkrankte Menschen nicht zu verstehen, warum sie plötzlich als „Risiko“-Gruppe bezeichnet wurden. Während viele Menschen aus Armutgründen nicht die notwendige Digitalisierung umsetzen konnten wurde bis heute kaum darüber nachgedacht, wie Schüler (auch Erwachsene) weiter beschult werden könnten. Die Schulbegleitung bricht spätestens im Alter von 12/13 Jahren weg und dann? Unter Coronabedingungen wurden die Kräfte voll bezahlt, aber sollten zu Hause bleiben.

Viele Angehörigen von Menschen mit Behinderungen sind seit Monaten an die Grenzen des Möglichen gestoßen, alleingelassen, versuchen sie noch immer täglich Lösungen zu finden, wie es weiter gehen könnte. Arbeitslosigkeit, Vereinsamung, Überforderung und nicht zuletzt auch Diskriminierung gehören jetzt zum selbstverständlichen Alltag. Hintergrund: die zu Versorgenden konnten nachts nicht mehr in die Einrichtungen zurückkehren und müssen nun zu Hause versorgt werden und werden auch nicht wieder aufgenommen oder sind inzwischen volljährig und brauchen eine andere Form der Betreuung, die Corona-bedingt aber nicht zur Verfügung steht oder aufgrund der Risiken nicht nutzbar ist für die betroffenen Personen. Die Angehörigen haben in der Zeit alle Urlaubsansprüche und "Vergünstigungen" (Nachbarn, etc. ausgeschöpft und müssen z. B. 18 jährige Menschen selbst die Treppen hinauftragen oder vom Rolli ins Bett etc. heben. Pflegeeinrichtungen dafür gibt es nicht oder sind gesperrt ähnlich die Tagesstätten. Wenn die Angehörigen noch vorher eine Arbeitsstelle hatten mussten sie die aufgeben, weil es nicht mehr vereinbar war Homeoffice zu machen und parallel die umfangreiche Versorgung zu leisten. Das macht über Monate kein Arbeitgeber mit.

Auch in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe führten die vielen geänderten Verordnungen und die daraus resultierende Eigenverantwortung zu den unterschiedlichsten Entscheidungen, die so nicht gemeint waren. Der Wochenlange fehlende Kontakt zur Außenwelt hat tiefe Spuren und Ängste hinterlassen.

Nun mag man sagen das betrifft ja nur einige Wenige. Aber so ist es leider nicht, wirkliche Zahlen können nicht benannt werden, da die Menschen erst auffallen, wenn Sie zusammengebrochen sind und der Leidensdruck zu groß ist. Scham und Unwissenheit spielen dabei leider auch eine große Rolle, weil die Beratungspflicht der Behörden oftmals auch nicht im notwendigen Maße erfolgt. Richtig ist, dass die Pandemie für Alle ein Ausnahmezustand war und ist, aber selbst in der Zeit, wo ein wenig Entspannung eingetreten ist, wurde die Zeit nicht ausreichend genutzt.

Kurz vor Schulbeginn ist bei vielen Eltern und Schülern immer noch nicht klar, wie es weitergeht. Die Pflegedienste kämpfen um Arbeitsmaterialien, wie Handschuhe und Masken zu bezahlbaren Preisen und in den richtigen Größen. In den Einrichtungen der Behindertenhilfe und Werkstätten diskutieren wir um ausreichende Testungen und deren Kostenübernahmen, während für Reiserückkehrer in einem 1. Schritt die volle Kostenübernahme durch den Steuerzahler überhaupt kein Thema ist.

Es braucht dringend kurzfristig

- Entlastungen für die pflegenden Angehörigen, die über Nacht die Versorgung seit Monaten bewältigen müssen.
- Kostenübernahmen bei geforderten Testungen bei Rückkehr in die Einrichtungen etc.
- Ausreichende bezahlbare Schutzmaterialien für Pflegedienste und die pflegenden Angehörigen.
- Ausreichende qualifizierte Assistenten und Assistentinnen zur Entlastung, Betreuung und Wiedereingliederung
- Lösungsmöglichkeiten für soziale Kontakte (psychologische Anlaufstellen)
- Masken für Menschen die die Gestik und die Gebärden benötigen (Kostenübernahme)

um nur einiges zu nennen. Langfristig braucht es Konzepte, wie die Fortschritte die wir bei der Inklusion erreicht hatten, wieder erreicht werden können unter Corona-Bedingungen. Insbesondere im Bereich Bildung (Schule) und Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Nölting

Sprecherin des Niedersächsischen Inklusionrates von Menschen mit Behinderungen